

ZU DUMM UM SICH ZU WEHREN?

DIE „GEMEINEN MENSCHEN“, DIE POLITIK UND DER WIDERSTAND

NIKLAS REESE

Einleitung

„Auflehnung ist nicht in Sicht“, konstatiert der Politikwissenschaftler Franz Walter im SPIEGEL vom 07.05.2006: „Wenig spricht [...] dafür, dass die in ihrer Würde verletzten, aber eben atomisierten, netzwerklosen und selbstbewusstseinsfreien Unterschichten sich gegen ihre Marginalisierung mit langem Atem und festem Willen auflehnen werden. [...] Die neuen Unterschichten der Überflüssigen haben [...] keine kollektive Zusammengehörigkeit, kein Selbstbewusstsein, keine Idee von sich selbst, keine Potentiale für Organisation, für politische Projekte und für disziplinierte, langfristige Aktionen.“

Während die „gemeinen Menschen“ (Ivan Illich)¹ für das Bürgertum

1 Ivan Illich nennt diejenigen „gemeine Menschen“, die in der (entwicklungs-) politischen bzw. -soziologischen Terminologie „Unterschicht“, „Unterkasse“, „Arme“, „Marginalisierte“ (an den Rand Gedrängte), „Subalterne“ (Unterlegene und Unterdrückte) etc. genannt werden – mit einem Wort diejenigen, die am wenigsten über Einkommen, Macht und Lebenschancen verfügen bzw. am meisten benachteiligt und marginalisiert sind. Ich halte mit Illich den Begriff „marginalisiert“ u. ä. gerade im Hinblick auf Gesellschaften des globalen Südens jedoch für unangemessen, geht er doch von Rändern gesellschaftlicher Normalität aus. Die „gemeinen Menschen“ sind jedoch dort die Normalität (vgl. Illich 1982). Da der Terminus „gemeine Menschen“ jedoch für die meisten Leser/innen ungewohnt sein

seit jeher als passiv und unpolitisch gelten, wurden sie von der Linken oft als potentielles revolutionäres Subjekt idealisiert. In der Beschreibung der Marginalisierten im „globalen Süden“ verkommt diese Dichotomie vollends zum Klischee. Als völlig handlungsunfähig konstruierte Menschen in Flüchtlingslagern oder auf Müllkippen stehen unvermittelt neben revolutionären Ikonen wie Che Guevara oder den lange idealisierten Befreiungsbewegungen.

Beide Klischees sind meines Erachtens höchstens halbe Wahrheiten. Menschen, deren Leben von sozialer Unsicherheit geprägt ist, sind in der Regel weder bloß „fatalistisch“ noch latent revolutionär.

1. Warum gilt die Unterschicht als unpolitisch?

Es lassen sich fünf Gründe skizzieren, die häufig angeführt werden, warum „einfache Menschen“ als unpolitisch gelten.

a) Ihnen fehle es an politischem Bewusstsein; sie bringen ihre persönliche Situation nicht mit den allgemeinen sozialen Strukturen in Verbindung, die ihre Lebenschancen einengen. Ökonomische Probleme würden daher als individuelle Probleme begriffen und darum individuelle Überlebensstrategien verfolgt. (vgl. Rescher o. J.: 35, Happe/Schmitt 2003)

b) Wo die Unterklassen ein Bewusstsein von Gesellschaft entwickelt haben, sei dies ein „falsches Bewusstsein“, der Status Quo gelte ihnen als „natürlich“, „alternativlos“, gar „gottgewollt“. Das sie „objektiv“ unterdrückende System beherrsche ihre Köpfe und oft auch ihre Herzen. Die meisten akzeptieren die „Wirklichkeit“ wie sie der herrschende Diskurs definiert und überschreiten die Grenzen des Denk- und Sagbaren nicht. Die „Regierung“ (Foucault) scheint fest im Sattel zu sitzen. Denn Ungerechtigkeit funktioniert am besten, wenn die Benachteiligten sie für „natürlich“ halten, so eine der zentralen Hypothesen der Theorien von Antonio Gramsci oder Paolo Freire.

c) Selbst wenn sie die gesellschaftlichen Strukturen für ungerecht halten, glauben Marginalisierte nicht, dass es in ihrer Macht liegt, sie zu verändern: die da oben machen sowieso was sie wollen. Ihnen bleibe

dürfte, verwende ich im Folgenden abwechselnd auch die gängigeren Termini. Diese Termini werden weitgehend synonym verwendet; dies halte ich für zulässig, da Deprivation in der Regel kumulativ ist, also geringes Einkommen meist mit Machtlosigkeit und schlechteren Lebenschancen einhergeht.

nichts anderes übrig, als für sich das Beste aus den Verhältnissen zu machen (*work the system*).²

Filipin@*s* etwa gelten als pragmatisch, flexibel und anpassungsbereit, als Meister im „Organisieren“ und „Sich-Durchschlagen“ (*Diskarte*). Wenn sich Erfolg beeinflussen lässt, dann auf individuellem Wege – beispielsweise durch die Investition in Bildung, die in allen Schichten auf den Philippinen großes Ansehen genießt (vgl. Reese 2007).

d) Die politischen Verhältnisse können nur „die besser gestellten Klassen“ verändern. „Gemeine Menschen“ scheinen sich daran gewöhnt zu haben, dass andere für sie entscheiden und „warten lieber auf einen Messias, als ihre Stärke in einer kollektiven Aktion zu suchen“, so der philippinische Soziologe Randy David (David 2004a; Rescher o. J.: 30).

Diese Ansicht zieht sich auch wie ein roter Faden durch linke Revolutionstheorie. Immer wieder hat sich die linke Avantgarde wie ein Prinz verhalten, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Unterkasse politisch wach küssen und von ihrer Gegenwartsorientierung, ihrem Pragmatismus, ihrer Anspruchslosigkeit befreien zu müssen (vgl. Jung 1982: 85ff.). Gleichzeitig hielt sie die Unterkasse selten für kompetent genug, „Politik in der ersten Person“ zu machen. „Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden“ so Marx (Marx 1869: 199). Lenin war der Meinung, dass die Arbeiterklasse im „Trade-Unionismus“ verharren und von sich aus keine Umwälzung der herrschenden Verhältnisse anstreben würde. Bourdieu schließlich geht davon aus, dass Arme zwar von besseren Zeiten träumen, dennoch aber die Risiken der Veränderung fürchten, weil sie (bzw. ihr Habitus) mit neuen Situationen nicht umzugehen wissen und sich an ungewohnte Bedingungen nur langsam gewöhnen können. Er nennt dies „Hysteresis-Effekt“ (Bourdieu 1982: 238).

e) Wo all diese Gründe nicht mehr greifen und Menschen daran denken, sich zu wehren, drohen die Herrschenden mit Repression. Dies wiederum schreckte gerade diejenigen davon ab, politisch aktiv zu werden, deren täglich Brot nicht gesichert ist. *Safety-first!*

Zu der Sorge um den Lebensunterhalt gesellt sich auf den Philippinen die Angst vor der gewaltsamen Repression – durch die Schläger und die Privatarmeen der Großgrundbesitzer oder Polizei und Militär. Seit 2001 sind über 800 Menschen – Gewerkschafter/innen, Journalist/

2 Diese Haltung nennt man auf den Philippinen „Bahala na“ (Gott will es so). Sie wird häufig zu Unrecht ausschließlich mit „Schicksalsergebenheit“ übersetzt. Dabei spielt auch eine Menge „Unbekümmertheit“ eine Rolle, die sich nicht mit für aussichtslos gehaltenen Strategien wie politischer Mobilisierung aufhält, sondern sich ganz auf das trickreiche Durchschlagen (in Filipino: Diskarte) konzentriert.

innen, Landreformaktivist/innen – aufgrund ihrer politischen Betätigung ermordet worden.

2. Wann protestieren „die Armen“?

Viele Erfahrungen sprechen dafür, dass diese fünf Erklärungsversuche gute Gründe haben. Dennoch halte ich es für voreilig, aus einer mangelnden Sichtbarkeit von als „politisch“ anerkannten Verhaltensweisen Fatalismus oder gar Zustimmung der „gemeinen Menschen“ abzuleiten. Dies wäre eine doppelte Visktimisierung. Die Marginalisierten werden so auch noch zu Schuldigen und Mittäter/innen ihrer Benachteiligung gemacht.

James Scott (1990: 74ff.) hingegen zweifelt nicht nur daran, dass es die Regel sei, dass die hegemoniale Wirklichkeitsdefinition („thick version of false consciousness“) akzeptiert werde, sondern er bezweifelt sogar die „thin version“, d. h. den Glauben an die Alternativlosigkeit des Systems. Den Status Quo (erst einmal) hinzunehmen, bedeutet noch nicht die Verhältnisse zu akzeptieren.

Veränderungswille und Aktivwerden entstehen nicht aus einer „objektiv“ miserablen Situation, aus Ausbeutung, Ungleichheit und Armut, wie es die Vereidendungstheorie nahe legt. So kommt eine Reihe von Studien über Brotunruhen, die vor allem in Folge von IWF –Struktur-anpassungsprogrammen im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts stattgefunden haben, zu dem Ergebnis, dass „keine enge Wechselbeziehung zwischen dem Auftreten von Aufständen und dem Auftreten von Mangel und Elend zu verzeichnen ist. Wiederholt haben Untersuchungen gezeigt, dass Aufstände nicht in den Gegenden auftreten, wo das Leiden am größten, die wirtschaftlichen Einbrüche am schlimmsten oder das Preisniveau am höchsten ist“ (Walton/Seddon 1994: 31).

Auch fehlende Zustimmung zum Status Quo (weit verbreiteter als purer Fatalismus) ist kein ausreichender Auslöser für das Aktivwerden. So stellt Niels Mulder für die Philippinen fest, dass „die Verachtung der gegenwärtigen politischen Situation weit verbreitet [ist]. Das ist aber nicht notwendigerweise ein Anreiz, nach positiver Veränderung zu streben. Solche Ansichten können auch Zynismus, Weltflüchtigkeit, Gleichgültigkeit, Konsumismus oder einen verbissenen Individualismus und eine bloße Überlebensorientierung fördern“ (Mulder 2004: 91; vgl. Reese 2007).

In seinem Klassiker „The Making of the English Working Class“ zeigt Edward Thompson anhand der Hungerunruhen des 18. Jahrhunderts in England, dass die damaligen Proteste nicht bloß „Rebellionen

des Bauches“ gewesen sind. Sie bewegten sich vielmehr „im Rahmen eines volkstümlichen Konsenses darüber, was auf dem Markt, in der Mühle, in der Backstube usf. legitim und was illegitim sei“ (Thompson 1987: 16). Die Menschen handelten „in dem Bewusstsein [...] traditionelle Rechte und Gebräuche zu verteidigen“ (ebd.: 15). Dieses Bewusstsein nennt Thompson „moralische Ökonomie“. Man könnte auch von *entitlement* oder von „Anspruchsmentalität“ sprechen.

James Scott hat eine ähnliche moralische Ökonomie für Bauern (und andere Gruppen) konstatiert (vgl. Scott 1976). Ähnlich äußern sich auch Piven und Cloward in ihrem Klassiker „Aufstand der Armen“ (Piwen/Cloward 1986: 33). Und Barrington Moore (1982) zufolge entstehen Veränderungswille und politische Aktivität gerade dann, wenn Ungleichheit als willkürlich und ungerecht erscheint. Proteste entstehen bei gefühlter Ungerechtigkeit, wenn die Mächtigen „zu weit gehen“ und sich nicht an den impliziten Sozialvertrag halten (s. u.). Das lässt sich für Lateinamerika (Ya basta!), die Philippinen (Sobra na!), aber auch Deutschland feststellen: Jetzt reicht's!³

2.1 Der (traditionelle) Sozialvertrag

Werden solche Legitimitätsvorstellungen kollektiv geteilt, sind sie besonders wirkungsvoll. Ein solcher *common sense* etabliert sich über Jahrzehnte und Jahrhunderte und bekommt somit einen faktischen Vertragscharakter – vergleichbar den Sozialverträgen, wie sie seit Hobbes, Locke und Rousseau bis hin zu John Rawls die politische Philosophie bevölkern. In Deutschland dürfte dieser Sozialvertrag aus dem bestehen, was das Allensbach Institut als „gesellschaftliche Mitte“ ausgemacht hat (FAZ 22.02.2008), u. a. der Einsatz für gleiche Bildungschancen, die Eingrenzung sozialer Unterschiede, aber auch die Unterstützung junger Familien und eine Steuerpolitik, die Leistung lohnend macht. „Soziale Gerechtigkeit“ ist – allen neoliberalen Delegitimierungsattacken zum Trotz – ein Ziel, das in Umfragen von den Menschen in Deutschland regelmäßig für sehr wichtig erachtet wird. Daneben wird vom Staat in besonderem Maße erwartet, für die Schaffung von (würdigen) Arbeitsplätzen zu sorgen.

3 In diesem Sinne geht der philippinische Politologe Joel Rocamora davon aus, dass „sich in der philippinischen Kultur [...] soziale Gerechtigkeit nicht in ‚Klassenkampf‘ nieder(schlägt), sondern in einer Begrenzung dessen, was die oberen Klassen aus den Armen rauspressen dürfen. Bereicherung gilt da als ‚zu viel‘, wenn man nicht mehr bloß ‚für sich selbst sorgt‘ (ein positiver Akt), sondern als ‚korrupt‘ gilt, ein negativer Akt“ (Rocamora 1998: 24; Scott 1976: 7).

Damit buchstabiert dieser „deutsche Sozialvertrag“ für eine Arbeitsgesellschaft das aus, was in traditionellen Sozialverträgen (die in der Regel in Agrargesellschaften verwurzelt sind) „das erste und primäre Kriterium von Gerechtigkeit“ (Scott 1976: 33) ist: das Recht auf genügend „Mittel, die zum Leben reichen“ (Subsistenz). Scott unterscheidet dabei zwischen zwei Ausformulierungen: „The minimal formulation was that elites must not invade the subsistence reserve of poor people; its maximal formulation was that elites had a positive moral obligation to provide for the maintenance needs of their subjects in time of dearth.“ (ebd.)⁴

Scott zufolge gehört zum traditionellen Sozialvertrag zweitens die soziale Verpflichtung des Eigentums: „When we look closely at the charges the poor make against the rich, they are almost without exception arguments for the social use of property.“ (Scott 1985: 308)⁵

Drittens verlangt der Sozialvertrag auch den Respekt der Menschenwürde; *amor proprio*, wie man auf den Philippinen sagen würde. So meint Scott „resistance originates not simply from material appropriation but from the pattern of personal humiliation that characterize that exploitation“ (Scott 1990: 111f.). Laut Beverly Silver lassen sich Arbeiterunruhen zu einem großen Teil darauf zurückführen, dass „die Auffassung, dass Arbeitskraft eine „fiktive Ware“ sei und jeder Versuch, Menschen als Waren „wie jede andere“ zu behandeln, zwangsläufig zu tiefempfindenem Groll“ führe (Silver 2005: 34f). Gerade das Bewusstsein der eigenen Würde dürfte der entscheidende Grund dafür sein, dass Unterdrückte nicht erst aktiv werden, wenn sie wissen, für welche Alternative sie kämpfen und ihr Kampf eine realistische Erfolgsaussicht hat – wofür der Warschauer Ghettoaufstand 1943 ein prägnantes Beispiel ist.⁶

-
- 4 Der Sozialvertrag sieht also eine Art Protosozialstaat vor, der allerdings in seiner Minimalversion nicht viel mehr als eine Basisversorgung bietet – das Verhindern des Verhungerns, das auch die Weltbank propagiert (vgl. Gsänger 2001).
 - 5 Die ungleiche Verteilung der Ressourcen und Produktionsmittel wird dabei nicht von vorneherein für ungerecht gehalten (vgl. FN 14); dass der Reichtum der Einen mit der Armut bzw. dem geringeren Reichtum der Anderen in Verbindung gebracht wird, ist in Europa Folge der Arbeiterbewegung und ihrer Bewusstmachung der kollektiven Dimension von Reichtumsproduktion in einer arbeitsteiligen Wirtschaft. (Wobei eben diese Arbeiterbewegung nur selten problematisiert hat, dass sich Arbeiter/innen im globalen Norden in einer (neo)kolonialen Weltwirtschaft wiederum viel Mehrwert aus dem globalen Süden angeeignet haben.)
 - 6 Das Unrechtsgefühl wird noch verstärkt, wenn man meint, eine Gruppe oder Person für die eigene Situation verantwortlich machen zu können, „a clear perception of responsible agents“ (Walton/Seddon 1994: 53) – ein Faktum, das im europäischen Antisemitismus (bzw. in den Pogromen ge-

Soziale Unruhe kommt besonders dann auf, wenn in Umbruchssituationen die traditionell gewordenen Produktionsverhältnisse verändert werden, weil gerade dann der Sozialvertrag angegriffen und unterhöhlt wird. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass Entrechtung und verschärfte Ausbeutung dann viele „gemeine Menschen“ gleichzeitig und zudem plötzlich trifft (vgl. Scott 1976: 193).⁷

2.2 „Windows of opportunity“

Sich im Recht zu fühlen reicht in der Regel aber nicht; die Entscheidung zum Aufstand folgt meist einer Abwägung der Chancen und Gefahren. Die materiellen Verhältnisse machen es im Großen wie im Kleinen oft vernünftiger, sich anzupassen und diejenigen, die die Ressourcen kontrollieren, nicht zu verärgern bzw. sich mit ihnen gut zu stellen. Klientelismus – ein ungleiches Tauschgeschäft – ist etwa in den Philippinen für viele aus einer Ethik des Überlebens und in einer Kultur von Angst und Schweigen tatsächlich die „rationalste“ aller Optionen und hat sich als Handlungsweise über Jahrhunderte verfestigt.

Zum Unrechtsbewusstsein muss eine Öffnung des politischen Raums hinzukommen, die subjektiv als Zunahme der eigenen politischen Möglichkeiten wahrgenommen wird. „Damit aus [den] Traumata des Alltagslebens heraus eine Protestbewegung entstehen kann“, so Piven und Cloward, „müssen die von den Menschen erfahrene Benachteiligung und Zerrüttung sowohl als ungerecht wie auch als veränderbar angesehen werden“ (Piven/Cloward 1986: 36). Ein solcher, subjektiv wahrgenommener Wandel der politischen Möglichkeiten kann sich durch den Zusammenbruch gesellschaftlicher Institutionen einstellen (wie im Vorfeld der russischen Revolution 1917) oder durch eine Neukonstituierung des politischen Kräftefeldes (wie 1988 durch die Verabschiedung des Landreformgesetzes CARP auf den Philippinen

gen Chinesen in Asien) eine mörderische Wendung genommen hat. Grund für diesen Rückgriff auf einen Sündenbock dürfte sein, dass “people experience deprivation and oppression within a concrete setting, not as the end product of large and abstract processes, and it is the concrete experience that molds their discontent into specific grievances against specific targets“ (Piven/Cloward 1986: 20). So wurden „die Juden“ bzw. „die Chinesen“ für den Kapitalismus und die Modernisierung „persönlich“ verantwortlich gemacht. „The enemies are not impersonal historical forces but real people.“ (Scott 1985: 347)

7 Piven und Cloward gehen zudem davon aus, dass “in Zeiten schneller ökonomischer und sozialer Veränderungen [...] es den Politikern weit schwerer fällt, Unruhen zu ignorieren oder Strafmaßnahmen zu ergreifen“ (Piven/Cloward 1986: 51).

[vgl. Reese 2006a]). Auch Widersprüche und Konflikte innerhalb der Eliten wirken in diesem Sinne.

Wenn Subalterne Aussicht auf überzeugende Problemlösungen haben (bzw. geboten bekommen), wird es wahrscheinlicher, dass sie politisch aktiv werden. Die Vorstellung von Macht ist stets eine wichtige Quelle von realer Arbeitermacht gewesen (vgl. Silver 2005: 34). Erfolgreiche Kämpfe lösen wie im Fall des Landkampfes von Catulin einen Schneeballeffekt aus (vgl. Reese 2006a). In Folge gewonnener Landkämpfe wie dem von Catulin entstand zudem das Gefühl der eigenen Stärke; Menschen, die sich immer für schwach gehalten hatten, entwickelten die Überzeugung, dass sie ihr Schicksal auch in die eigenen Hände nehmen können (vgl. Reese 2006a).

Neben diesem Gefühl der eigenen Stärke bedarf es zur Führung eines sozialen und politischen Kampfes aber auch materieller Ressourcen: Geld zum Überleben während des Kampfes, den Zugang zu Entscheidungsstrukturen und vor allem: Zeit!⁸ Außerdem spielen u. a. Faktoren wie Bevölkerungskonzentration (Ballungsgebiete) sowie der Grad an Organisierung, auf den neue Bewegungen zurückgreifen können, für das Entstehen von Protestbewegungen eine Rolle (vgl. Walton/Seddon 1994).

Arme organisieren sich jedenfalls nicht nur dann, wenn sie dazu von „community organizers“ aufgefordert und angeleitet werden. „Poverty is not a hindrance to building a community“, fasst die philippinische Politologin DJORINA VELASCO (Velasco 2006: 110) ihre Erfahrungen mit Organisationen von städtischen Armen in der philippinischen Hauptstadtregion Metro Manila zusammen. Und die Politologin JENNIFER FRANCO stellt im Zuge ihrer jahrelangen Zusammenarbeit mit Landlosenbewegungen in den Philippinen fest: „In the peripheries of the periphery, people are also articulating fragile new orders of difference and possibility.“ (Franco/Borras 2006: 4)

8 Zeit, darauf weisen Erhard Berner und Benedict Philipps hin, ist eines der knappsten und kostbarsten Güter für viele Arme, insbesondere für Frauen. Der größte Teil ihrer Lebenszeit sei davon geprägt, an die Beschaffung eines Jobs, an die Organisation der Zeit zu denken und daran, wo noch etwas zu sparen, wo noch etwas hinzuzuverdienen wäre (vgl. Berner/Philipps 2004). Ähnliches lässt sich generell über Leben unter den Bedingungen sozialer Verunsicherung sagen. Die Jobs sind oft anstrengend, überstrapazieren Körper und Psyche und berauben die Subjekte so ihrer Energien.

3. Wann wird Handeln „politisch“ und „widerständig“?

3.1 Ab wann ist etwas „politisch“?

Es gibt viele Möglichkeiten, auf Armut und soziale Verunsicherung zu reagieren. Viele davon sind individualistisch (sich auf eigene Faust durchschlagen) oder gruppenegoistisch (auf Familie und andere Netzwerke begrenzt). Mit diesen Überlebenstechniken habe ich mich an anderer Stelle ausführlich beschäftigt (vgl. Reese 2007). Im Folgenden möchte ich mich auf die Frage konzentrieren: unter welchen Umständen kommt es zu gemeinsamen, politisch widerständigen und die Gesellschaft verändernden Aktionen von Subalternen?

Dazu stellt sich erst einmal die Frage: Ab wann gilt etwas als politisch und ab wann als widerständig? Normalerweise wird erst dann von Protest, Widerstand und politischer Aktivität gesprochen, wenn diese sichtbar und kollektiv ausgeübt werden: in Demonstrationen, Streiks, Aufständen oder Revolutionen. Das Private gilt den meisten (immer noch) nicht als politisch. James Scott arbeitet in seinen drei grundlegenden Werken (Scott 1976; 1985; 1990) jedoch mit einem Begriff von „Politisch sein“ und „Widerstand“, der weit vor den oben angeführten Aktionsweisen beginnt: „Much of the active political life of subordinate groups has been ignored because it takes place at a level we rarely recognize as political.“ (Scott 1990: 198)

Oft wird selbst im linken Diskurs „politisch“ mit der Intention gleichgesetzt, politische Institutionen und Kultur(en) zu beeinflussen und gegebenenfalls Strukturen zu verändern. Muss dies auch noch aus „uneigennützigen“ Gründen geschehen, disqualifiziert das de facto die Kämpfe der „Armen“ als vor- bzw. unpolitisch. Diese sind nämlich oft materielle Kämpfe um Subsistenzmittel und Verbrauchsgüter, Kämpfe, die Velasco „Subsistenzmobilisierungen“ (Velasco 2006: 110) nennt. Sie werden oft nur als Bewältigungsstrategien (*coping strategies*) klassifiziert, die „bloß“ Grundbedürfnisse sicherstellen wollen. „Uneignützig“ für das Wohl der Allgemeinheit zu kämpfen – das ist das Selbstkonzept des liberalen Bürgertums. Wo politisches Handeln so definiert wird, kann dies als eine Distinktionsstrategie der Mittelschicht betrachtet werden. Politische (gar kosmopolitische) Aktivität wird hier zum kulturellen Kapital und zum Distinktionsgewinn gegenüber den „Locals“ der Welt, die auf ihren Horizont begrenzt bleiben. Der Subalterne wird zur Negativfolie, vor der sich der Bürger profilieren kann.

Zudem stellen Daines und Seddon fest: „The sharp distinction between ‚defensive‘ survival struggles, which focus on ‚adaptation‘ and

,coping‘ [...] and ,offensive‘ strategies, which aim at extending the room for maneuver and enhance livelihood security through development of social networks and mutual empowerment, is somewhat misleading.“ (Daines/Seddon 1994: 63f.) So ist das Anzapfen von Wasser und Strom sowohl Bewältigung als auch Protest und Widerstand, weil man sich das nimmt, wovon man glaubt, dass es einem zusteht und damit den absoluten Eigentumsbegriff der bürgerlichen Gesellschaft nicht anerkennt. Dieses Ignorieren von rechtlichen Eigentumsansprüchen wird nicht als Diebstahl betrachtet. Die philippinische Politologin Frances Lo (2007) spricht hier von „pockets of resistance“.⁹

Werden individuelle Strategien auch dann nicht als politisch wahrgenommen, wenn sie massenhaft geschehen, so wird übersehen, dass oft individuelle und gar heimliche Initiativen erfolgreicher – und damit rationaler – sind als kollektiver Widerstand. Statt etwa offen durch eine Landbesetzung zu provozieren, kann es erfolgreicher sein, nach und nach Hütten zu errichten. Scott nennt dieses Verhalten “piecemeal squatting“ (Scott 1990: 199).

3.2 Und der Widerstand?

Trägt erst „jener Widerstand zu einer Erneuerung und zu einem Übergang bei“, der „weit verbreitet [ist und] kollektiv und absichtlich angewandt wird“, wie Silver (2005: 230) dies für eine Klassifikation als „Arbeiterunruhe“ voraussetzt? Oder untergräbt die „Macht des Desertierens und des Exodus“ bereits das Empire, wie Hardt und Negri meinen? Ist Migration bereits eine widerständige soziale, gar politische Bewegung, wie Römhild (2007) meint? Sind am Ende alle Praxen „politisch widerständig“, die als Sand im Getriebe der herrschenden Gouvernementalität wirken, ganz gleich, ob sie auch so beabsichtigt sind? Sind Ladendiebstahl oder das Abhängen in *shopping malls* der (unausgesprochene) Widerstand von heute (vgl. Hartmann/Schlaak 2006: 169ff.)?

Im Konzept des Alltagswiderstands, den Scott für die „Waffe der Schwachen“ hält, beginnt „Widerstand“ schon auf sehr niedriger Schwelle. Bereits das Streuen von Gerüchten, aber auch Witze und Schadenfreude – gerade auch wenn sie im Verborgenen geschehen – bezeichnet Scott als „everyday resistance“ (Scott 1985). Groves und Chang halten sie für „small, seemingly trivial daily acts through which subordinate individuals or groups undermine – rather than overthrow – oppressive relations of power“ (Groves/Chang 2002: 316). Scott spricht von

⁹ So hat auch Marx den Holzdiebstahl für eine Form des Klassenkampfes gehalten (vgl. Scott 1990: 195).

„Infrapolitik“ (Scott 1990: 19), die in einem „versteckten Protokoll“ (hidden transcript) hinter den Kulissen geschieht, welches Scott vom „offenen Protokoll“ (open transcript) unterscheidet. Mir scheint, dass das Bürgertum in der Regel nur letzteres als politisch gelten lässt. Die Maxime lautet hier: nur wer offen redet (Demonstrationen, Petitionen, Streiks, Parteipolitik), darf sich auch als politisch bezeichnen, wobei darüber hinweggesehen wird, dass das offene Wort ein Privileg derer ist, die nicht viel zu befürchten haben (vgl. Scott 1990: 92). Man muss es sich erst einmal leisten können, zu sagen „Verpiss dich, Kapital! Wir haben dich satt!“¹⁰ Doch mit dem „everyday discourse“ verhält es sich wie mit Blogs: je weniger ihre Inhalte öffentlich (etwa in den Massenmedien) aufgegriffen werden, desto privater und damit unwirksamer bleiben sie.

Tausende solcher „kleinen Widerstandsakte“, so Scott, haben „dramatische ökonomische und politische Auswirkungen“ (Scott 1990: 192).¹¹ Massenhafte Steuerverweigerung gefährdet den Staat, Dienst nach Vorschrift die Produktivität. Doch so sympathisch es auch ist, die Betroffenen nicht nur als Opfer von Beherrschung, sondern auch als findige Akteure bzw. als „Survivors“ in den Blick zu nehmen: Offener Widerstand ist meist wirkungsvoller und die dadurch ausgelöste Veränderung nachhaltiger. Aber es ist für die Subalternen auch gefährlicher, den „politischen cordon sanitaire zwischen dem hidden- und dem public transcript einzureißen“ (ebd.: 18).¹² Denn „public refusal constitutes a

10 Dies verlangt John Holloway (vgl. Holloway 2002: 9). Zugleich kennt er aber auch den Alltagswiderstand. „Die Menschen verfügen über eine Unzahl von Formen um ‚Nein‘ zu sagen. Die Triebkraft dafür ist nicht bloß die Insubordination, die offene und kämpferische Ablehnung des Kapitals, sondern auch die Nicht-Unterordnung, die schwerer wahrnehmbare und konfusere Zurückhaltung sich anzupassen. Häufig wird das Nein in einer derart persönlichen Form ausgedrückt (sich die Haare grün färben, Selbstmord begehen, verrückt werden), dass es so scheint, als hätte es keinerlei politische Auswirkungen.“ (ebd.: 236)

11 Scott spricht dabei gar von einer „sozialen Bewegung“: „Being a diverse class [...], scattered across the countryside, often lacking the discipline and leadership that would encourage opposition of a more organized sort, the peasantry is best suited to extended guerrilla-style campaigns of attrition that require little or no coordination. [...] Seen in the light of a supportive subculture and the knowledge that the risk to any single resister is generally reduced to the extent that the whole community is involved, it becomes plausible to speak of a social movement. Curiously, however, this is a social movement with no formal organization, no formal leaders, no manifestoes, no dues, no name, and no banner.“ (Scott 1985: 35)

12 Scott unterscheidet vier Varianten des politischen Diskurses unter dominierten Gruppen: a) den Mächtigen ihre eigenen Worte vorhalten, b) den hidden transcript, c) Politiken der Verstellung und der Anonymität und

symbolic declaration of war“ (ebd.: 203), so dass es vernünftig sein kann, die „Weigerung zu gehorchen“ als „Unvermögen zu gehorchen“ erscheinen zu lassen (ebd.). „Many forms of authority can tolerate a remarkably high level of practical nonconformity, so long as it does not actually tear the public fabric of hegemony.“ (ebd.: 204)

Zugleich besteht aber bei einer ausschweifenden Definition von Widerstand die Gefahr einer „Romantisierung des Widerstands“ (Groves/Chang 2002). Wo offener Widerstand selten(er) geworden ist, neigen manche Linke dazu, nahezu alles zum Widerstand zu erklären (vgl. Hartmann/Schlaak 2006: 169ff.), weil die Existenz von Widerstand für sie scheinbar so wichtig ist wie Wasser zum Leben. Widerstand ist Teil des Lifestyles des Bürgertums (Weidner 2007).¹³ Wer täglich um das (Über-)Leben kämpfen muss, ist des Kämpfens aber müde. „Wir interessieren uns oft mehr für die Gewalt der Armen als für ihren Frieden“, kritisiert Illich (1982: 116).

4. Kämpfe für eine bessere Lage

Silver unterscheidet zwei Formen von „Arbeiterunruhen“. Diejenigen, die „höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und umfassendere Arbeiterrechte durchsetzen“ (Silver 2005: 212) und solche, die als „Selbstschutzbewegungen“ eine Reaktion sind auf „Transformationen, die [...] Gewohnheiten und Lebensgrundlagen untergraben“ (Silver 2006: 167). Beide protestieren gegen Proletarisierung und Kommodifizierung. Doch während sich die Selbstschutzbewegungen, die von Bauern, aber auch Handwerkern oder anderen *professionals* aller Art gebildet werden können, gegen ihre Freisetzung (bzw. Prekarisierung) wehren, sind *workers* bereits freigesetzt.

So steht bei „Selbstschutzbewegungen“ auch weniger der Kampf für einen angemessenen Anteil am Mehrwert im Mittelpunkt – wie bei den meist in den Blick genommenen Arbeiterunruhen. Sie kämpfen in erster Linie gegen soziale Verunsicherung. Ihr zentrales Problem ist Unsicherheit bzw. das Recht auf das zum Leben Notwendige, aber weder Gleichheit noch Unabhängigkeit. „The test for the peasant is more likely to be

schließlich d) das Zerreißen des politischen cordon sanitaire zwischen dem hidden- und dem public transcript (vgl. Scott 1990: 18).

13 Anselm Weidner berichtet über die neuen mittelschichtlastigen Demokratiebewegungen in Osteuropa: „Für Farbrevolutionäre ist „Revolution“ lockerer und trendiger Lifestyle, wie der Otpor-Veteran Iwan Marowi erklärt. [...] Widerstand lebt man; das ist ein Lebensstil! [...] Warum sollte man dabei nicht auch Spaß haben und hübsche T-Shirts tragen?“ (Marowi 2007: 1101)

,What is left?‘ than „How much is taken?“ (Scott 1976: 7).¹⁴ Ich gehe davon aus, dass sich eine ähnliche „Genügsamkeit“ im „Habitus der Notwendigkeit“ wiederfindet, den Pierre Bourdieu (1979) als typisch für die französische Unterschicht beschrieben hat.

Scott geht davon aus, dass „the stabilization of real income for those close to subsistence may be a more powerful goal than achieving a higher average income; it indicates that we may learn more about the politics of peasants by asking not merely how poor they are but how precarious their livelihood is“ (Scott 1976: 34). Man will (erst einmal) nicht „den ganzen Kuchen“ oder gar „the whole fucking bakery“, und oft tauscht man (unsichere) „Unabhängigkeit“ gegen (abhängig machende) „Absicherung“ ein (vgl. Scott 1976: 40; Mollat 1984: 184). Selbstschutzbewegungen äußern sich daher auch weit eher als Verbraucherproteste, die sich etwa gegen Vertreibung und für den erschwinglichen Zugang zur Wasserversorgung wenden, und nicht wie Kämpfe von Lohnabhängigen als Produzentenproteste, die für höhere Löhne und Arbeitsrechte streiken (vgl. Karaos 2006: 94).¹⁵

Velasco hält solche „Subsistenzmobilisierungen“ für die typische Form politischen Aktivwerdens von „Armen“. Diese Mobilisierungen streben kurzfristige Lösungen für drängende Probleme der *communities* an, gehen aber über die lokale Ebene nicht hinaus und stellen auch keinen qualitativen Bruch in der Art dar, wie staatliche Stellen mit den Marginalisierten umgehen.

Gehen aus diesen Mobilisierungen Organisationen hervor, haben diese praktische Interessen wie z. B. die Zerstörung illegalisierter Siedlungen zu verhindern oder andere konkrete Forderungen durchzusetzen. Diese Kämpfe sind Ausdruck kurzfristig ausgerichteter Überlebensstrategien, die meist eingestellt werden, sobald das konkrete Ziel erreicht ist. Da es sich um existentielle Kämpfe und Anliegen handelt, sind diese

14 So ist in einem Land wie den Philippinen soziale Gleichheit weit weniger ein Wert als im Westen. Soziale Ungleichheit ist Alltag und hat Tradition. Das Ziel der Armen ist es weniger, gesellschaftlich und wirtschaftlich aufzusteigen (was in einer Klassengesellschaft aber auch weit weniger realistisch ist), sondern vorrangig ihre unmittelbare Armut zu mindern bzw. die eigenen Bedürfnisse möglichst zeitnah zu befriedigen.

15 Zudem relativieren Subsistenzmobilisierungen das klassische Paradigma betrieblicher Klassenkämpfe, und zwar aus zwei Gründen: Erstens ist für Menschen in prekären Beschäftigungen eine in der Community verwurzelte Organisation vielversprechender als ein Modell, das sich der Stellungsmacht der Arbeiter im Produktionsprozess bedient (Silver 2005: 140). Und zweitens sind Mobilisierungen nicht alleine auf die soziale Lage bzw. die Klassenlage zurückzuführen. Auch spielen dabei Verwandtschafts- und Freundesnetzwerke, kulturelle Zugehörigkeiten wie gemeinsame Ethnie und Sprache oder Religion eine Rolle (vgl. Scott 1985: 43).

„pragmatisch“, also situations- und gegenwartsbezogen und erst einmal wenig visionär. „The struggles of these local organizations cannot be characterized as a ‚rage against the system‘“, so Velasco (2006: 115). „Their struggle is not a push for a radical alternative, but an effort at taking part in the mainstream. ‚Becoming legal‘ is a widespread aspiration“ (ebd.) – wohl auch, weil es als probates Mittel gegen (soziale) Unsicherheit gilt. Zugleich sind diese Kämpfe aber auch kein bloßes „Nein“, sondern zugleich ein positives Projekt, das etwas anderes schafft.

Diese Hinweise haben nicht die Absicht, Kämpfe um eine gleiche Verteilung des „ganzen Kuchens“ zu diskreditieren. Manchmal gerät jedoch aus dem Blick, dass der ganze Kuchen nicht das Ziel ist, auf das Kämpfe anfangs ausgerichtet sind, obwohl einige im Verlauf immer radikaler und umfassender werden und schließlich den ganzen Kuchen in den Blick nehmen. Kämpfe um „das Ganze“ sind für „gemeine Menschen“ jedenfalls kein Selbstzweck und Teil ihrer Identität. Die „little tradition“, die sich durch Pragmatismus und Konkretheit auszeichnet und die hinter vielen Subsistenzmobilisierungen steht, wird schnell lächerlich gemacht und als unpolitisch abgetan.

5. Revolution?

Der Wunsch nach Legalisierung darf nicht mit einer Zustimmung zum Status Quo verwechselt werden. „Dieser Legalismus“, so Eric Hobsbawm, „[hält] Bauern [...] nicht davon ab, eine Revolution anzufangen. Denn sie neigen dazu, auch verfassungskonforme Gesetze als unsittlich und „unnatürlich“ abzulehnen, wenn sie ihnen Allmenden wegnehmen“ (Hobsbawm 1998: 217).

Pragmatismus und begrenzte Ziele, also der Reformismus der „gemeinen Menschen“, schließen nicht aus, dass sie gelegentlich zu revolutionären Mitteln greifen. Alleine in der spanischen Kolonialzeit hat es auf den Philippinen über 400 Aufstände gegeben. Der „nationale“ Unabhängigkeitskampf gegen die Spanier war stark mit der sozialreformistischen *Katipunan*-Bewegung verbunden. Auch im 20. Jahrhundert gab es mehrere revolutionäre Bewegungen – etwa die antiimperiale *Hukbalahap* (kurz *Huk*) gegen die Japaner in den 1930er bis 1950er Jahren. Und seit 1969 kämpft die *New Peoples Army* (NPA) ihren Kampf gegen „Semifeudalismus“ und „Semikapitalismus“.

All diese bewaffneten Kämpfe waren und sind in der Regel mit Landkämpfen verbunden – Landkämpfe, die sich anderweitig nicht gewinnen ließen. Im bewaffneten Kampf sah die Bevölkerung schließlich

die einzige echte Option, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern, Ausbeutung und die Verletzung ihrer Rechte durch Entwicklungsprogramme zu beenden. Also: Revolution, wenn die anderen Optionen ausgeschöpft sind. „Long before they rebelled, peasants tried variety of ways to cope with the drastically changing agrarian condition and to demand reforms. Rebellion was a last resort after other efforts had failed.“ (Kerkvliet 1979: 256)

So ist die *Huk* als Bauernbewegung gegen die Einführung der kapitalistischen Logik in der Agrarwirtschaft entstanden. Dass bei der Einführung des Kapitalismus viele Großgrundbesitzer in ihren abhängigen LandarbeiterInnen nichts anderes mehr sahen als einen puren Produktionsfaktor, den es so billig als möglich zu nutzen gelte, war einer der wesentlichen Gründe für die Entstehung der *Huk*. Ähnliches gilt für die heutige Bereitschaft, sich der *NPA* oder der islamistischen *MLF* auf der südlichen Insel Mindanao anzuschließen. Es kommt der Zeitpunkt, an dem die Geduld ein Ende findet, weil „wir unsere Tortillas nicht mit Geduld, sondern mit Mais backen“, wie der mexikanische Revolutionär Emilio Zapata im Film „Viva Zapata“ den Präsidenten Diaz wissen lässt.

Aufstände sind jedenfalls bei weitem nicht die erste Wahl, denn zuviel steht für die Unterkasse auf dem Spiel – sie sind kein Selbstzweck und auch kein Teil des eigenen Selbstkonzepts. Im Gegenteil: In der Regel waren die Armen am Ende immer die Dummen. Auch im Mittelalter wurden „die Armen als Manövriermasse für Bestrebungen benutzt, die sie nach den Aussagen der Demagogen für ihre eigenen hielten“ (Mollat 1984: 170f.). Es war die „Mittelschicht“, die die Proteste ausgelöst und initiiert hatte und es waren die Armen, die schließlich dafür büßen mussten. Nach den gescheiterten Aufständen trafen sie neben der Repression auch noch die Verachtung ihrer „mittelschichtigen“ Anführer (vgl. ebd.: 172f.; Scott 1985: 29).

Anders als die Mittelschicht können die „Armen“ auch kaum die Hoffnung hegen, nach dem Aufstand bzw. der Revolution Teil der neuen Elite zu sein. Diese Erfahrungen dürften ein wichtiger Grund dafür sein, warum mittelschichtige Leute eher nach der Revolution rufen und das kollektive Bewusstsein der „Armen“ diese eher zögerlich macht.

Ergeben sich neue Chancen, wie etwa durch das Landreformprogramm in den Philippinen (vgl. Reese 2006a), wissen die Armen zu schätzen, dass sie möglicherweise zu ihrem Recht (auf Subsistenz) kommen können, ohne alles aufs Spiel setzen zu müssen. Denn auch wenige Hektar verteilten Landes können viel bedeuten. Wo die Landreform umgesetzt wurde und die neuen Eigentümer/innen vom Staat oder durch Entwicklungsprogramme unterstützt wurden, verändert sich das Gesicht der Gegend. Die Produktivität des Landes wird erheblich gesteigert (bis

zu 80 Prozent), der meiste Gewinn verbleibt nun bei denen, die das Land bebauen. Bauern können Kinder zur weiterführenden Schule schicken, drei Mal am Tag ausgewogen essen, die Gesundheitskosten und auch das Geld für den Volkssport Hahnenkampf aufbringen. Um Agrarreformen aber einen Erfolg werden zu lassen, bedarf es fördernder Maßnahmen wie Kreditlinien, Marktzugänge oder Fortbildungen (*support services*). Die wenigen Versuche einer revolutionären, d. h. entschädigungslosen Landreform, die von der NPA landesweit in „befreiten Gebieten“ versucht wurde, sind u. a. daran gescheitert, dass meist keine *support services* bereitgestellt werden konnten – und weil sie stets zu vermehrter Militarisierung und Repression geführt haben.

Meist erweiterte sich erst im Lauf des Landkampfes der subjektive Rechtsanspruch über das konkrete Recht auf „genug“ hinaus hin zum abstrakten und kodifizierten Recht, dass diejenigen, die das Land bebauen, es auch besitzen sollen (*land to the tiller*). „Typically what is crucial for peasants the right to subsistence living from the produce of the land, not a legal itself. [...] Landlords should pay a fair share of the agricultural expenses, landlords should provide tenants with minimum subsistence, and so on. But nothing in their tradition justified taking land for themselves.“ (Kerkvliet 1979: 255)¹⁶

6. Führen Subsistenzmobilisierungen zu sozialen und politischen Bewegungen?

„Immer sind es zunächst unmittelbare Kämpfe gegen jene Machtinstanzen und -auswirkungen, die am nächsten sind“, meinen Hartmann und Schlaak (Hartmann/Schlaak 2005: 169). Unmittelbare Kämpfe alleine ändern die Strukturen jedoch nicht, welche die gemeinen Menschen arm und unterdrückt halten. Diese Einsicht entsteht oft durch eine Politisierung, die während der Subsistenzmobilisierungen vonstatten geht. Wenn soziale Bewegungen, die politische (also auf die Strukturen ausgerichtete) Ziele vertreten und erkämpfen, von Subalternen getragen werden sollen, müssen sich diese aus ihrem unmittelbaren Leben, Leiden und Hoffen entwickeln. Dann besteht die Chance, Gesellschaft von der Basis aus zu verändern.

Was für den *hidden transcript* gilt, gilt auch für Subsistenzmobilisierungen. Sie sind dem Politischen vorgelagert, d. h. noch nicht politisch, aber oft eine wichtige Voraussetzung dafür, dass ein Anliegen

¹⁶ So Kerkvliet über Bauern in den Nordphilippinen in den 1930ern (vgl. Kerkvliet 1979: 255).

öffentlich vertreten wird. Sie sind dem Politischen aber nicht entgegengesetzt, wie dies der Begriff „unpolitisch“ suggeriert. Während der Subsistenzmobilisierungen werden Rechte entdeckt, politische Spielräume erkannt, Widerständigkeiten ausprobiert und damit Konfliktbereitschaft geschaffen. Möglichkeitsfelder entstehen, die Denk- und Sagbarkeitsbegrenzungen überwinden und eine Anspruchsinflation auslösen.¹⁷ „Gemeine Menschen“ sind nicht per se nur an kurzfristigen Zielen interessiert, sondern halten begrenzte, konkrete Ziele für realistischer – mehr als das muss erst denkbar werden. Unmittelbare Kämpfe können durch ihre praktische Ausrichtung zur Erlangung von Konfliktfähigkeit beitragen. Überlebensregime, so resümieren Denyse Harari und Jorge Garcia-Bouza vier Studien zu Überleben und sozialem Konflikt, können zu einer „Wurzel zukünftiger politischer Aktivitäten“ (Harari/Garcia-Bouza 1982: 80) werden.¹⁸

-
- 17 So schreibt Michel-Rolph Trouillot über die haitianische Revolution: „Die Revolution [ist] durch einen expliziten intellektuellen Diskurs weder vorbereitet noch begleitet worden. [...] Die Forderungen der Revolution [waren] zu radikal, als dass sie schon im Vorfeld der Tat hätten formuliert werden können. Erst die siegreiche Praxis schuf den Raum, sie post factum zu reklamieren. In diesem Sinn vollzog sich die Revolution [...] an der Grenze des Denkbaren.“ (Trouillot 2002: 95; vgl. Scott 1990: 225)
- 18 „Organisationen“ sind aber keine Allheilmittel. Davon abgesehen, dass individuelle Initiativen oft erfolgreicher – und damit rationaler – sind als kollektiver Widerstand (s. o.), stellen auch massenhafte Ausschreitungen (riots) gerade für Menschen, die ohne Markt-, Organisations- oder Produktionsmacht sind, oft eine besonders erfolgreiche Form alterner, direkter und kollektiver Aktion dar (vgl. Silver 2005: 30). Hobsbaw spricht gar vom „Zerstören von Maschinen [als] Tarifverhandlungen mittels Ausschreitungen“ (Hobsbaw 1998: 28). Piven und Cloward (1977) halten das Stiften von Revolte und Chaos für eine erfolgreiche Waffe soziökonomisch marginalisierter Gruppen. Oft ist es die Angst vor dem Chaos und dem Umsturz, die die Herrschenden dazu bewegt, Zugeständnisse zu machen (vgl. Piven/Cloward 1982: 80). Politischer Einfluss der Armen entsteht durch Mobilisierung und nicht durch Organisierung. Letztere, so argumentieren sie, lenkt von der Mobilisierung ab und habe sogar oft zur Kooptierung und zur Dämpfung von Aufständigkeit geführt (vgl. das Vorwort von Stephan Leibfried und Wolf-Dieter Narr zur deutschen Übersetzung von Piven/Cloward).

7. Erfolgreiche Kämpfe

Für den Erfolg der Kämpfe ist allerdings auch die Vernetzung mit anderen Basisorganisationen und -bewegungen wichtig. Denn Vernetzung führt meist zu einer Perspektiverweiterung, die einen über instrumentelle Verhandlungsstrategien hinausgehenden Ansatz ermöglicht. Durch die Beteiligung an solchen Netzwerken können Basisorganisationen erkennen, dass ihr lokales Problem ein weit verbreitetes ist und ihr lokal begrenztes Anliegen mit nationalen und sogar globalen Entwicklungen in Verbindung bringen (Daines/Seddon 1994: 61). So kann auch eine gängige Personalisierung von Unrecht (der böse Boss oder der gierige Chinese/Jude) transzendiert und damit verhindert werden, dass politischer Protest bloß nach dem Sankt-Florians-Prinzip funktioniert.

Zudem braucht es die Stärke und den Mut, um Repression und der „Partizipationserschleichung“ (Reese 2006b) widerstehen zu können. Denn wo „Arme“ versucht haben, sich zu organisieren, sind in der Regel Polizei, Militär und Privatarmeen auf den Plan getreten oder von Seiten der etablierten Politik und des Unternehmertums wurde versucht, durch „Teile-und-herrsche-Strategien“ bzw. Bestechung (*carrot politics*) die Organisationen zu spalten (vgl. Reese 2006b).¹⁹

So (selbst)kritisch das Engagement der Mittelschichten auch hinterfragt werden sollte: nicht jegliche Solidarität mit den Subalternen durch die Bessergestellten (etwa durch NGOs) ist bloßer Philanthropismus. Sie können durchaus unterstützend in diesen Kämpfen tätig werden, etwa indem sie Zugang zu materiellen und intellektuellen Ressourcen oder Kontakte verschaffen und als „Bedeutungsmakler“ (Hilhorst 2003) zu den politischen Entscheidungszentren fungieren.

In einer solchen Solidarität erkennt eines der zivilgesellschaftlichen Spektren auf den Philippinen seine Aufgabe. Vereinfachend können sie als „RadikaldemokratInnen“ bezeichnet werden. Diese Gruppen wollen konkrete soziale Kämpfe im Jetzt und Heute unterstützen und in der Hoffnung auf einen Schneeballeffekt zugleich einen Beitrag zur Demokratisierung und einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation

19 Karaos gibt allerdings zu bedenken, dass „Divide et Impera“ zuweilen auch im Sinne von „Armenorganisationen“ stattfindet: „The fragmentary character of urban poor formations has not necessarily been disadvantageous to the urban poor, since it has allowed them to gain concessions from the state. Although there have been number of cases of collective action staged by the urban poor around supra-local concerns and numerous attempts at coalition-building, these have not led to greater unity. In fact, urban poor communities have been competing with or even fighting against each other in trying to maneuver within the spaces provided by political conjunctures.“ (Karaos 2006: 50)

der Philippinen leisten. Zu Zeiten der Marcos-Diktatur (1972-1986) auch Teil der maoistischen Befreiungsbewegung, die d(ies)en Staat beseitigen wollte, scheint ihnen heutzutage die Subversion der bestehenden und die Schaffung neuer, autonomer, dezentraler, basisdemokratischer Machtverhältnisse eine tragfähigere Option für gesellschaftliche Veränderung zu sein (vgl. Reese 2006a).

Literatur

- Berner, Erhard/Philipps, Benedict (2004): „Selbsthilfe oder unterlassene Hilfeleistung? – Die Flucht des Entwicklungsstaats aus der Fürsorgepflicht“. In: Peripherie 24 (96), S. 500-514.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Daines, Victoria/Seddon, David (1994): „Fighting for Survival: Women's responses to Austerity“. In: John Walton/David Seddon, Free Markets and Food Riots, Oxford: Blackwell, S. 57-96.
- David, Randy (2004a): The middle class and the poor, Philippine Daily Inquirer, 10.01.2004, www.inq7.net/opi/2004/jan/11/text/opi_rsda_vid-1-p.htm, 12.01.2004.
- David, Randy (2004b): Interview mit Niklas Reese, Quezon City, 12.12.2004.
- Franco, Jennifer/Borras Jr., Saturnino (Hg.) (2005): On just grounds: struggling for agrarian justice and citizenship in the rural Philippines, Quezon City: IPD.
- Gsänger, Hans (2001): „Wie fördert man die soziale Sicherung im Süden?“ In: Der Überblick 1.
- Hartmann, Detlef/Schlaak, Oskar (2006): „Abrichtung und Revolte: Widerstand in der Epoche der Unterwerfung zu Humankapital“. In: Autorengemeinschaft, Schwarzbuch Hartz IV – sozialer Angriff und Widerstand. Eine Zwischenbilanz, Berlin: Assoziation A, S. 157-172.
- Happe, Barbara/Schmitt, Sylvia (2003): „Political Culture“. In: Dirk Berg-Schlosser/Wolfgang Kersting, Poverty and democracy: self-help and political participation in Third World cities, London: ZED Books.
- Harari, Denyse/Garcia-Bouza, Jorge (1982): Social conflict and development: basic needs and survival strategies in four national settings, Paris: OECD.
- Hilhorst, Dorothea (2003): The Real World of NGOs, London: Zed Books.

- Hobsbawm, Eric (1998): *Ungewöhnliche Menschen*, München: Hanser.
- Holloway, John (2002): *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Illich, Ivan (1982): *Vom Recht auf Gemeinheit*, Reinbek: Rowohlt.
- Jung, Dirk (1982): *Vom Kleinbürgertum zur deutschen Mittelschicht: Analyse einer Sozialmentalität*, Saarbrücken: Die Mitte.
- Karaos, Anna (2006): „*Populist Mobilization and Manila's Urban Poor*“. In: Aya Fabros et al., *Social Movements*, Quezon City: IPD, S.46 – 102.
- Kerkvliet, Benedict (1979): *The Huk Rebellion: A Study of Peasant Revolt in the Philippines*, Quezon City: New Day Press.
- Lo, Frances (2007): Interview mit Niklas Reese, 12.01.2007.
- Groves, Julian McAllister/Chang, Kimberly A. (2002): „Romancing Resistance and Resisting Romance: Ethnography and the Construction of Power in the Filipina Domestic Worker Community in Hong Kong“. In: Filimeno Aguilar, *Filipinos in Global Migrations*, Quezon City: PSSC, S. 316-343.
- Marx, Karl (1869/1972): „Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon“. In: MEW 8, Berlin: Dietz, S. 115 –207.
- Moore, Barrington (1982): *Ungerechtigkeit – die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mollat, Michel (1984): *Die Armen im Mittelalter*, München: Beck.
- Mulder, Niels (2004): *Inside Philippine Society*, Quezon City: New Day Press.
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. (1986): *Aufstand der Armen*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Reese, Niklas (1998): *Menschenwürde unter die Räder gekommen – Entwicklungs-aggression als neue Herausforderung für die Menschenrechte*, südostasien 3, Essen, S. 63-67.
- Reese, Niklas (2006a): „*Betrug oder Chance? – politische Strategien am Beispiel der Landreform*“. In: Niklas Reese/Rainer Werning (Hg.), *Handbuch Philippinen*, Bad Honnef: Horlemann, S. 273-277.
- Reese, Niklas (2006b): *Kann Partizipation Berge versetzen? Großbergbau, Indigenous Peoples Rights Act und die Anti-Bergbau-Bewegung*. In: Niklas Reese/Rainer Werning (Hg.), *Handbuch Philippinen*, Bad Honnef: Horlemann, S. 196-204.
- Reese, Niklas (2007): „*Stehaufmenschen – Umgang mit sozialer Unsicherheit in den Philippinen*“. In: Karl Husa et al., *Ost und Südostasien zwischen Wohlfahrtsstaat und Eigeninitiative. Aktuelle Entwicklungstendenzen von Armut und sozialer Unsicherheit*, Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung, S. 217-232.

- Rescher, Gilberto (o. J.): Zuckerplantagenarbeiter in Nord-Negros – Überlebensstrategien und politische Organisation unter Bedingungen des Neoliberalismus, Bielefeld, [www.uni-bielefeld.de/\(de\)//teaching/lehrforschungen/rescher.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/(de)//teaching/lehrforschungen/rescher.pdf), 02.05.2008.
- Rocamora, Joel (1998): „Corruption in the Philippines“. In: Sheila S. Coronel (Hg.), Pork and other Perks, Quezon City: PCIJ, S. 8-31.
- Römhild, Regina (2007): „Migranten als neue Avantgarde“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5, S.618 – 624.
- Scott, James (1976): The Moral Economy of the Peasant, New Haven: Yale University Press.
- Scott, James (1985): Weapons of the Weak, New Haven: Yale University Press.
- Scott, James (1990): Domination and the Arts of Resistance, New Haven: Yale University Press.
- Silver, Beverly (2005): Forces of Labor, Berlin: Assoziation A.
- Thompson, Edward (1987): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Trouillot, Michel-Rolph (2002): „Undenkbare Geschichte – Zur Bagatellisierung der haitischen Revolution“. In: Sebastian Conrad/Shalini Randeria (Hg.), Jenseits des Eurozentrismus, Frankfurt/M.: Campus, S. 84-115.
- Velasco, Djorina (2006): „Life on the Fast Track: Mobilizing the Urban Poor for Change“. In: Aya Fabros u. a.: Social Movements, Quezon City: IPD, S. 103-128.
- Walton, John/Seddon, David (Hg.) (1994): Free Markets and Food Riots, Oxford: Blackwell.
- Weidner, Anselm (2007): „Diktatorensturz und Demokratieexport“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9, S. 1088-1098.

